



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Bei „Stuttgart 21“ geht es um die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschlands

Anlässlich der Ereignisse des 30. September bei der Demonstration gegen die Fällung von Bäumen um den Stuttgarter Bahnhof debattierte der Bundestag in einer Aktuelle Stunde das Projekt „Stuttgart 21“. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke forderten einen Baustopp und eine Volksabstimmung über das Infrastrukturprojekt. Vertreter von CDU – unionsseitig sprachen ausschließlich baden-württembergische Abgeordnete – und FDP stellten sich dagegen demonstrativ hinter den geplanten Umbau des Stuttgarter Bahnhofs.

Deutschland verdankt seine Wettbewerbsfähigkeit und seinen Wohlstand maßgeblich seiner hervorragenden Infrastruktur. Mit der Umsetzung von „Stuttgart 21“ wird eine bedeutende Lücke in der wichtigen europäischen Eisenbahnachse Paris-Stuttgart-Wien geschlossen. Zugleich erhält die Landeshauptstadt eine große städtebauliche Chance. Beim Bau des heutigen Bahnhofs wurde Stuttgart in seiner Mitte zerteilt. Mit „Stuttgart 21“ kann dies nun rückgängig gemacht werden: Die Stadt erhält zusätzliche Entwicklungsräume, die nach modernsten ökologischen Aspekten gestaltet werden können und durch eine beträchtliche Erweiterung des Schlossgartens und des Rosensteinparks eine neue „grüne Lunge“.

„Stuttgart 21“ ist über zehn Jahre hinweg intensiv erörtert worden: 60 Varianten wurden in diesem Zeitraum geprüft und als unzweckmäßig verworfen, bis die heute gültige Fassung feststand. Für die von den Gegnern des Projekts eilig vorgeschlagene „Alternative“ gibt es hingegen keine Planung und keine Finanzierung. Der dringend notwendige Ausbau der Infrastruktur im Raum Stuttgart würde auf unbestimmte Zeit aufgeschoben; unser Land, würde vom Verkehr abgehängt.

Seitdem im Jahre 1995 der Grundsatzbeschluss zu „Stuttgart 21“ getroffen worden ist, stand das Vorhaben viele Male auf der Tagesordnung der betroffenen Parlamente. Auch die baden-württembergischen Sozialdemokraten haben dem Projekt im Stuttgarter Landtag viele Male zugestimmt. Heute wollen sie von ihren Beschlüssen nichts mehr wissen. Widersprüche prägen auch die Haltung der Grünen zur Modernisierung unseres Landes: Sie sind gegen das Auto und mit „Stuttgart 21“ zugleich gegen ein Bahnprojekt, durch das sich pro Jahr eine Milliarde Pkw-Kilometer und 175.000 Tonnen CO₂ einsparen lassen.

Vor dem Hintergrund des längst abgeschlossenen Planfeststellungsverfahrens geht es jetzt vor allem um eines: Wie zuverlässig sind künftig Beschlüsse von Parlamenten für Investoren und Unternehmer, wenn sie ständig wieder infrage gestellt werden. In der Debatte wurde deutlich: CDU und CSU sind die Volksparteien mit einer Verantwortung für das Ganze. Sie machen Politik mit Blick auf die Zukunftschancen des gesamten Landes und wollen nicht, dass diese durch den Druck der Wenigen verloren gehen, die ihre abweichende Meinung dann als Protest auf die Straße tragen, wenn diese in den Parlamenten niemanden zu überzeugen vermochte.

Auch für unsere Region hat „S21“ viele Vorteile: Die Fahrtzeiten in die Stuttgarter Innenstadt und zum Flughafen werden sich deutlich verkürzen. Der Flughafen wird dann direkt in 40 Minuten erreichbar sein. Auch zu anderen Zielen wird die Bahn deutlich schneller unterwegs sein können, z.B. nach München eine Stunde. Damit werden Pforzheim und der Enzkreis als Wohnort gerade für Pendler mit Kindern, die nicht in der Innenstadt von Stuttgart leben möchten, noch interessanter.

Bundestag nutzt erstmals neues Recht aus dem Lissabon-Vertrag

In dieser Woche debattierte der Bundestag einen Vorschlag der Europäischen Kommission zur Einlagensicherung. Mit der geplanten Richtlinie verfolgt die Kommission die sinnvolle Absicht, die unterschiedlichen Regelungen über Einlagensicherungssysteme in den 27 Mitgliedsstaaten zu vereinheitlichen. Allerdings schießt die Kommission mit ihrem Richtlinienentwurf weit über das Ziel hinaus. Hierdurch würden die deutschen Volksbanken und Sparkassen, die sich in der Finanzkrise als besonders stabil erwiesen haben, einen schweren Wettbewerbsnachteil erleiden. Daher hat der Bundestag gestern ein neues Recht genutzt, das die nationalen Parlamente durch den Vertrag von Lissabon erhalten haben: Er hat eine sog. „Subsidiaritätsrüge“ erhoben. Dies bedeutet, dass der Bundestag der Auffassung ist, die Kommission überschreite ihre Kompetenzen. Sollten sich ein Drittel der nationalen Parlamente dieser Ansicht anschließen, müsste die Kommission ihren Entwurf noch einmal überprüfen.

Union fordert: Todesstrafe weltweit ächten

Die Todesstrafe ist eine grausame und unmenschliche Strafe, die gegen das Recht auf Leben und die Menschenwürde verstößt. Die insgesamt positive Entwicklung, die Todesstrafe abzuschaffen, ist zu begrüßen. Es ist erfreulich, dass der Kreis der Staaten, die auf die Todesstrafe inzwischen verzichten, immer größer wird. Wie nötig aber trotzdem unser unablässiges Engagement gegen die Todesstrafe bleibt, beweisen die Hinrichtungszahlen des Jahres 2009 der Staaten wie China, Iran, Irak, Saudi-Arabien, USA und Jemen. Trauriger Spitzenreiter ist China. Dort wurden im vergangenen Jahr circa 4.000 Menschen hingerichtet. China veröffentlicht keine Statistiken und behandelt Angaben zur Todesstrafe als Staatsgeheimnis. Personen, die dieses Geheimnis preisgeben, sind strafrechtlicher Verfolgungen ausgesetzt. Auch die Hinrichtungszahlen im Iran sind Besorgnis erregend. Sie sind im Vergleich zum Vorjahr in 2009 gestiegen. Mindestens 388 vollstreckte Todesurteile sind die erschreckende Bilanz. Anlässlich des Internationalen Tages gegen die Todesstrafe am kommenden Sonntag fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, die Initiativen für die weltweite Ächtung der Todesstrafe voranzutreiben.

Benachteiligungen bei Opferrenten beseitigt

Die christlich-demokratische Koalition hat einen weiteren Punkt ihrer Koalitionsvereinbarung abgearbeitet: Der Bundestag hat in dieser Woche wesentliche Verbesserungen bei der SED-Opferrente beschlossen. Davon profitieren insbesondere SED-Opfer mit Kindern. Zudem wurden der Kreis der Entschädigungsberechtigten erweitert und bürokratische Hindernisse beseitigt. Übrigens: Die rot-rote Koalition im Land Berlin hat es abgelehnt, dass SED-Opfer den „Berlin-Pass“ erhalten. Dieser berechtigt Bedürftige, z.B. Hartz-IV-Bezieher, zu einer Vielzahl von Ermäßigungen. Grund der Ablehnung: Dies sei zu teuer!

BaföG-Satz kann rückwirkend steigen

Der BaföG-Satz kann nach Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat – wie vom Bundestag beschlossen – rückwirkend zum 1. Oktober um durchschnittlich 13 Euro angehoben werden. Der Höchstbetrag wird von 648 auf 670 Euro im Monat steigen. Bund und Länder hatten sich um die Finanzierung der Mehrkosten von rund 360 Millionen Euro gestritten. Auf der zweiten Sitzung des Vermittlungsausschusses am gestrigen Abend hatte der Bund zugesagt, sich als Ausgleich an den Kosten für universitäre Projekte zu beteiligen.

Ausländische Bildungsabschlüsse sollen schneller anerkannt werden

Nach Daten des Mikrozensus leben derzeit bis zu 300.000 zugewanderte Akademikerinnen und Akademiker in Deutschland, deren ausländische Hochschulabschlüsse in Deutschland nicht anerkannt werden. Häufig müssen sie dadurch ihren Lebensunterhalt mit sehr einfachen Jobs bestreiten, die weit unter ihrer Qualifikation liegen. Daher unterstützen die Koalitionsfraktionen die Bemühungen der Bundesregierung, eine Regelung für ein vereinfachtes sowie zügiges Bewertungs- und Anerkennungsverfahren für im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse und formal nachgewiesene Qualifikationen zu erarbeiten. Angesichts des immer deutlicher werdenden Fachkräftebedarfs können wir es uns nicht leisten, dass gut ausgebildete Zuwanderer ihre Qualifikationen bei uns nicht nutzen können.